

In der Zinsfalle

Wie Architekten, Rechtsanwälte und Ärzte um ihre Rentenansprüche bangen

Trotz seiner 73 Jahre schiebt Karl Heinz Dietrich den Rollwagen voller Aktenordner mit Verve in sein Besprechungszimmer. Der Münchner Anwalt ist eigentlich schon im Ruhestand – doch um genau den geht es ja auch: „Ich will wissen, was mit meiner Rente ist und mit der meiner Kollegen“, sagt Dietrich.

Wie Tausende von Architekten, Ärzten und Anwälten ist er nicht über die gesetzliche Rentenkasse abgesichert, sondern über ein Versorgungswerk. Berufsgruppen, die in Kammern organisiert sind, dürfen ein solches eigenes Rentensystem aufbauen. Für Selbständige wie für Angestellte der Branche ist die Mitgliedschaft Pflicht.

Die 89 deutschen Versorgungswerke verwalten 143 Milliarden Euro. Das Geld legen sie zu großen Teilen am Kapitalmarkt an, deshalb konnten sie in der Vergangenheit hohe Renditen erwirtschaften. Doch das hat sich dramatisch geändert: Mittlerweile stecken die Versorgungswerke genau wie die deutschen Lebensversicherer in der Zinsfalle.

Rund 70 Prozent der Mitgliedsbeiträge nämlich fließen in festverzinsliche Schuldverschreibungen mit Top-Bonität, also in gute Staats- und Unternehmensanleihen. Die aber werfen kaum noch etwas ab.

Dennoch kalkulieren viele Versorgungswerke die Ansprüche ihrer Mitglieder noch mit einem Zins von drei bis vier Prozent. „Das lässt sich auf Dauer bei den meisten sicherlich nicht durchhalten“, sagt der Versicherungsmathematiker Peter Schramm.

Das Versorgungswerk der Berliner Juristen kürzte bereits 2010 künftige Ansprüche seiner Mitglieder um teilweise mehr als 30 Prozent. Auch in Bayern wurde die Berechnungsformel, mit der die Rente der Juristen kalkuliert wird, in den vergangenen Jahren verändert. „Für einen Anwalt mit typischem Einkommen bedeutet das allein für den Zeitraum von 2005 bis 2010 eine reale Rentenkürzung von gut 30 Prozent“, sagt Rechtsanwalt Wolfgang Hastenrath. Er hat das eigens von einem Fachmann an einem Beispiel berechnen lassen.

Das Versorgungswerk betont, die Tabellen seien nur für künftige Beiträge geändert, nicht für bereits erworbene Anrechte. Hastenrath, Dietrich und andere Kollegen hakten dennoch nach, wie es um das Unternehmen eigentlich steht. Doch die altherwürdigen Einrichtungen, in deren Aufsichtsgremien oft verdiente Altmitglieder der Kammern sitzen, geben sich zugeknöpft, wenn es um ihre genaue Investitionsstrategie geht.

So ließ sich lange nur spekulieren über die Frage, wie stark etwa die Finanzkrise die Einrichtungen getroffen hat. 2009 tauchten zwar vier ärztliche Versorgungswerke auf einer Liste der Bundesbank auf, weil sie Papiere der Pleitebank HRE im Portfolio hatten.

Versorgungswerke in Deutschland 2011



Doch wie viel Geld steckt genau in problematischen Investments?

Der SPIEGEL verschickte gemeinsam mit dem Institut für Vermögensaufbau entsprechende Fragebögen an Dutzende Häuser. Nur wenige antworteten – und verwiesen dann meist auf den Branchenverband ABV.

Der wiederum erklärte vollmundig: „Kein Versorgungswerk wackelt.“ Nach einigen Wochen legte der Verband außerdem ein Statement vor mit beruhigenden Zahlen über die zehn größten Einrichtungen des Landes. Nur ein Versorgungswerk habe beispielsweise knapp 300 Millionen Euro in komplizierte Futures und Swaps investiert. Der Name wurde nicht genannt.

Wie wichtig solche Informationen sein können, zeigte sich schon 2003.

Damals kürzte das Versorgungswerk der Zahnärzte in Niedersachsen die Renten von einem Jahr auf das andere drastisch. Ein Betroffener klagte, weil seine Monatsrente von 1498 auf 746 Euro einbrach. Er werde nun zum Sozialfall, erklärte er vor Gericht.

Das Versorgungswerk hielt dagegen, dass wegen rückläufiger Marktzinsen hohe Abschreibungen nötig gewesen seien – und bekam recht.

Gerade Juristen erinnern sich mit Grausen an solche Urteile. Einer von Dietrichs Kollegen in Bayern verlangte deshalb 2008 Auskunft über die genauen Engagements seines Versorgungswerks am Kapitalmarkt und zog ebenso vor Gericht. Die Richter entschieden, er habe kein Recht auf Details darüber, „auf welche Weise mit welchem Risiko und welchen Renditen“ das Werk anlege.

Dietrich selbst versuchte es auf sanftere Art. Er beantragte bei der Kammer einen Arbeitskreis, der dann der Versorgungsanstalt Fragenkataloge schickte. Im Begleitschreiben hieß es einmal höflich, Ziel sei es nicht, dem Werk „Fehlentscheidungen anzulasten“. Man wolle nur „die zukünftige Entwicklung besser einschätzen“. Das ist auch Monate später noch unmöglich, findet Dietrich. „Kernfragen blieben unbeantwortet.“ Sein Versorger dagegen will alle offenen Punkte „vollständig und ausführlich“ beantwortet haben.

Dietrich und seine Kollegen sind alles andere als beruhigt. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof zeigt sich besorgt über die Werke im Freistaat: „Kritisch dürfte die Situation werden, wenn der Leitzins und damit die Renditen für die meisten sicheren Anlagen noch längere Zeit niedrig bleiben sollten“, heißt es in einem Prüfvermerk.

Das Versorgungswerk der Juristen will sein Portfolio nun angeblich stärker diversifizieren. Die Investitionen in Aktien-, Immobilien- und andere Fonds sind seit 2009 von 17 auf über 30 Prozent gestiegen.

Anwalt Dietrich fragt sich, was das genau bedeutet. „Ich will einfach wissen, ob mein Geld verbubelt wird“, sagt er. „Und wenn ja, wie viel.“

ANNE SEITH